Freiheit und soziale Sicherheit Gegen die präventive Kontrolle unseres Alltags

Seit 2001 wurden dutzende „Sicherheitsgesetze“ beschlossen, die uns angeblich vor Terroristen, Kriminellen und Naturkatastrophen gleichermaßen schützen sollen. Tatsächlich sind sie ein Misstrauensvotum des Staates gegen die Bürgerinnen und Bürger. Alle werden verdächtigt und überwacht, geprüft wird später. Der Missbrauch unserer Daten droht durch Staat, private Unternehmen und Kriminelle. Dagegen müssen wir uns gleichermaßen wehren.

Notstand der Demokratie droht

Schon heute führt das Bundeskriminalamt Dateien über politische Aktivistinnen und Aktivisten. Sie werden als „Gewalttäter“ geführt, auch wenn sie niemals einer Gewalttat überführt wurden. EU-Programme sehen vor, massenhaft Angaben zu „radikalen“ Personen und Bewegungen zu erfassen. Erlaubt werden soll die Beobachtung von Bewegungen, die sich zum Beispiel gegen globalisierte Ausbeutung, Sozialabbau und Krieg engagieren. Konzerne bespitzeln ihre Angestellten legal und illegal. Deren E-Mails werden gelesen, Krankheitsdaten gespeichert und weitergereicht, Arbeitsplätze bis in die Umkleidekabinen per Kamera überwacht.

Freiheitsrechte verteidigen - für Freiheit und Sozialismus

DIE LINKE setzt sich im Bundestag weiterhin für ein wirkliches Beschäftigten-datenschutzgesetz, den Stopp der verdachtslosen Vorratsspeicherungen und des SWIFT-Abkommens über die Weitergabe von Bankkundendaten an die USA sowie den Verzicht auf den elektronischen Entgeltnachweis ELENA ein. DIE LINKE fordert den grundsätzlichen Verzicht auf Online-Durchsuchungen und unterstützt Verfassungsklagen gegen den Zensus 2011. Die Bürgerinnen und Bürger müssen die Kontrolle über ihre Daten und ihre Verwendung zu-rück erhalten.

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Freiheit und soziale Sicherheit Gegen die präventive Kontrolle unseres Alltags

Seit 2001 wurden dutzende „Sicherheitsgesetze“ beschlossen, die uns angeblich vor Terroristen, Kriminellen und Naturkatastrophen gleichermaßen schützen sollen. Tatsächlich sind sie ein Misstrauensvotum des Staates gegen die Bürgerinnen und Bürger. Alle werden verdächtigt und überwacht, geprüft wird später. Der Missbrauch unserer Daten droht durch Staat, private Unternehmen und Kriminelle. Dagegen müssen wir uns gleichermaßen wehren.

Notstand der Demokratie droht

Schon heute führt das Bundeskriminalamt Dateien über politische Aktivistinnen und Aktivisten. Sie werden als „Gewalttäter“ geführt, auch wenn sie niemals einer Gewalttat überführt wurden. EU-Programme sehen vor, massenhaft Angaben zu „radikalen“ Personen und Bewegungen zu erfassen. Erlaubt werden soll die Beobachtung von Bewegungen, die sich zum Beispiel gegen globalisierte Ausbeutung, Sozialabbau und Krieg engagieren. Konzerne bespitzeln ihre Angestellten legal und illegal. Deren E-Mails werden gelesen, Krankheitsdaten gespeichert und weitergereicht, Arbeitsplätze bis in die Umkleidekabinen per Kamera überwacht.

Freiheitsrechte verteidigen - für Freiheit und Sozialismus

DIE LINKE setzt sich im Bundestag weiterhin für ein wirkliches Beschäftigten-datenschutzgesetz, den Stopp der verdachtslosen Vorratsspeicherungen und des SWIFT-Abkommens über die Weitergabe von Bankkundendaten an die USA sowie den Verzicht auf den elektronischen Entgeltnachweis ELENA ein. DIE LINKE fordert den grundsätzlichen Verzicht auf Online-Durchsuchungen und unterstützt Verfassungsklagen gegen den Zensus 2011. Die Bürgerinnen und Bürger müssen die Kontrolle über ihre Daten und ihre Verwendung zu-rück erhalten.

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Freiheit und soziale Sicherheit Gegen die präventive Kontrolle unseres Alltags

Seit 2001 wurden dutzende „Sicherheitsgesetze“ beschlossen, die uns angeblich vor Terroristen, Kriminellen und Naturkatastrophen gleichermaßen schützen sollen. Tatsächlich sind sie ein Misstrauensvotum des Staates gegen die Bürgerinnen und Bürger. Alle werden verdächtigt und überwacht, geprüft wird später. Der Missbrauch unserer Daten droht durch Staat, private Unternehmen und Kriminelle. Dagegen müssen wir uns gleichermaßen wehren.

Notstand der Demokratie droht

Schon heute führt das Bundeskriminalamt Dateien über politische Aktivistinnen und Aktivisten. Sie werden als „Gewalttäter“ geführt, auch wenn sie niemals einer Gewalttat überführt wurden. EU-Programme sehen vor, massenhaft Angaben zu „radikalen“ Personen und Bewegungen zu erfassen. Erlaubt werden soll die Beobachtung von Bewegungen, die sich zum Beispiel gegen globalisierte Ausbeutung, Sozialabbau und Krieg engagieren. Konzerne bespitzeln ihre Angestellten legal und illegal. Deren E-Mails werden gelesen, Krankheitsdaten gespeichert und weitergereicht, Arbeitsplätze bis in die Umkleidekabinen per Kamera überwacht.

Freiheitsrechte verteidigen - für Freiheit und Sozialismus

DIE LINKE setzt sich im Bundestag weiterhin für ein wirkliches Beschäftigten-datenschutzgesetz, den Stopp der verdachtslosen Vorratsspeicherungen und des SWIFT-Abkommens über die Weitergabe von Bankkundendaten an die USA sowie den Verzicht auf den elektronischen Entgeltnachweis ELENA ein. DIE LINKE fordert den grundsätzlichen Verzicht auf Online-Durchsuchungen und unterstützt Verfassungsklagen gegen den Zensus 2011. Die Bürgerinnen und Bürger müssen die Kontrolle über ihre Daten und ihre Verwendung zu-rück erhalten.

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Freiheit und soziale Sicherheit Gegen die präventive Kontrolle unseres Alltags

Seit 2001 wurden dutzende „Sicherheitsgesetze“ beschlossen, die uns angeblich vor Terroristen, Kriminellen und Naturkatastrophen gleichermaßen schützen sollen. Tatsächlich sind sie ein Misstrauensvotum des Staates gegen die Bürgerinnen und Bürger. Alle werden verdächtigt und überwacht, geprüft wird später. Der Missbrauch unserer Daten droht durch Staat, private Unternehmen und Kriminelle. Dagegen müssen wir uns gleichermaßen wehren.

Notstand der Demokratie droht

Schon heute führt das Bundeskriminalamt Dateien über politische Aktivistinnen und Aktivisten. Sie werden als „Gewalttäter“ geführt, auch wenn sie niemals einer Gewalttat überführt wurden. EU-Programme sehen vor, massenhaft Angaben zu „radikalen“ Personen und Bewegungen zu erfassen. Erlaubt werden soll die Beobachtung von Bewegungen, die sich zum Beispiel gegen globalisierte Ausbeutung, Sozialabbau und Krieg engagieren. Konzerne bespitzeln ihre Angestellten legal und illegal. Deren E-Mails werden gelesen, Krankheitsdaten gespeichert und weitergereicht, Arbeitsplätze bis in die Umkleidekabinen per Kamera überwacht.

Freiheitsrechte verteidigen - für Freiheit und Sozialismus

DIE LINKE setzt sich im Bundestag weiterhin für ein wirkliches Beschäftigten-datenschutzgesetz, den Stopp der verdachtslosen Vorratsspeicherungen und des SWIFT-Abkommens über die Weitergabe von Bankkundendaten an die USA sowie den Verzicht auf den elektronischen Entgeltnachweis ELENA ein. DIE LINKE fordert den grundsätzlichen Verzicht auf Online-Durchsuchungen und unterstützt Verfassungsklagen gegen den Zensus 2011. Die Bürgerinnen und Bürger müssen die Kontrolle über ihre Daten und ihre Verwendung zu-rück erhalten.

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G